

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 05/2024 vom 01.02.2024

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Jarosław Kaczyński, es ist vorbei*
- *Kaczynski spricht über den Sturz der Demokratie. Nicht mehr mit weißen Handschuhen, sondern mit Gewalt*
- *Andrzej Dudas Weg ins Verderben*
- *Aufruf des Frauenstreiks: Abtreibungsgesetze in den Ausschuss, nicht in die Tonne!*
- *Staatsanwalt Ziarkiewicz blockierte jahrelang Fälle von PiS-Politikern. Unsere Quelle: „Sie landeten in einer ‚Gefriertruhe‘ in der Garage der Staatsanwaltschaft“*
- *Polen und Ungarn – vielleicht Brüderlein, aber ganz verschieden*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczo und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Jarosław Kaczyński, es ist vorbei



Quelle: wyborcza.pl

Von **Dorota Wysocka-Schnepf**

Ich weiß nicht, ob Sie es riechen können – aber über Warschau, ja über ganz Polen, liegt ein anderer Geruch. Der Mief ist durch die Frische der Freiheit ersetzt worden. Aber da ist auch der Geruch der Angst. Die Furcht vor dem Ende. Dieser Geruch ist in der Gegend um die Nowogrodzka-Straße, wo die PiS-Zentrale ihren Sitz hat, besonders stark.

Die PiS arbeitete während ihrer zwei Amtszeiten unermüdlich daran, die Macht zu verlieren. Die Polen, die von den sozialen Wohltaten mit 500 plus an der Spitze angetan waren, haben lange Zeit die Augen vor den zahlreichen Skandalen verschlossen. Erst die galoppierende Inflation, die rekordverdächtig hohen Preise, das Desaster im Gesundheitswesen und die unglaubliche Häufung von Lügen, Missbräuchen und Diebstählen, die am helllichten Tag, schamlos und mit dem Gefühl völliger Straffreiheit begangen wurden, öffneten ihnen die Augen.

Darüber hinaus ist das Polen der PiS für junge Menschen zu einem Symbol für Nervosität, Rückständigkeit und Losgelöstheit von den Realitäten ihrer westeuropäischen Altersgenossen geworden, mit denen sie sich vergleichen wollen. Am 15. Oktober letzten Jahres standen drei Viertel der Wähler an den Urnen Schlange und sagten mit überwältigender Mehrheit zur PiS: „Genug!“.

Die kosmische Anzahl von Skandalen, die in die Höhe schießenden Geldsummen, die auf verdächtige Konten der Nomenklatura der früheren Regierung überwiesen wurden (und wir kennen momentan gerade mal die Spitze des Eisbergs), und die zynische Umkehrung von Bedeutungen, die wir zuvor naiverweise für

dauerhaft hielten, haben die Frage der Rechnungslegung für die letzten acht Jahre für die Polen zu einer der wichtigsten Erwartungen an die neue Regierung gemacht. Gleich neben den Fragen der Finanzen, der Wirtschaft und der Qualität des Gesundheitswesens. Selbst die viel gepriesene Liberalisierung des Abtreibungsrechts, so muss man mit Bedauern feststellen, bleibt auf der Strecke.

Doch je lauter die Wähler riefen: „Zieht sie zur Rechenschaft!“ Desto lauter riefen die Demokraten: „Wir ziehen sie zur Rechenschaft!“, je öfter dies die Demokraten wiederholten, desto öfter konnte man in einem Teil der Wählerschaft jedoch Zweifel hören. „Sie werden es nicht tun, es fehlt ihnen an Cojones“, sagten die einen, „sie sind zu liberal“, zweifelten andere, und vor allem „sie hätten es ja schon einmal tun können und haben es nicht getan“.

Das Fehlen der Abrechnung nach den ersten Regierungen der PiS, insbesondere das Versäumnis, Zbigniew Ziobro vor das Staatstribunal zu bringen, was in greifbarer Nähe lag, führte nicht zu einem allgemeinen Glauben, dass die Dinge jetzt anders sein würden. Es wurde befürchtet, dass die versprochene Einigung wie der fünfte Aufguss aus einem einzigen Teebeutel sein würde - unerträglich verdünnt.

Zu Unrecht. Die neue Regierung unter Donald Tusk weiß, dass sie, wenn sie keine ehrliche Rechnung präsentiert, die Schuldigen nicht vor Gericht stellt und die Verurteilten nicht ins Gefängnis wirft, nicht nur ihre Glaubwürdigkeit verliert, sondern das Land auch schnell wieder in die Fänge der Autokraten treiben könnte. Das nächste Mal wird es für viele Jahre oder vielleicht für immer sein.

Diesmal wurde der Slogan „Wir ziehen euch zur Rechenschaft“ ernsthaft geäußert. Noch vor der Bildung der Regierung Tusk hat der Sejm mit der Einsetzung von Untersuchungskommissionen begonnen. Zunächst waren es drei, aber es werden noch weitere kommen. Die Ernennung von Roman Giertych zum Leiter der Kommission Rechenschaft lässt keine Illusionen aufkommen - es wird kein weiches Spiel sein. Noch während der PiS-Zeit hat Giertych, nur mithilfe seiner eigenen Anwaltskanzlei, konsequent Widerstand geleistet und die PiS mit Klagen überhäuft. Jetzt verfügt er sowohl über einen parlamentarischen Rückhalt als auch über die Zusammenarbeit mit dem Rechtsapparat der Regierung.

„Ich hoffe, ihr werdet nicht wieder solche Pfeifen sein wie mit dem Staatstribunal“, ironisierte Ziobro in der ersten Sejm-Sitzung der neuen Wahlperiode. Heute würde er sich auf die Zunge beißen. Weder Bodnar, noch Giertych, noch Joński, Szczerba, Filiks, Bosacki - keiner von ihnen ist von Ziobro-Weinerlichkeit und wird einen Schritt zurückgehen.

Die Audits in den Ministerien und Institutionen, die von der PiS in Besitz genommen waren, haben begonnen. Informationen über weitere unverschämte hohe Gehälter erreichen uns täglich. Und jetzt erreichen sie tatsächlich jeden. Die TVP ist aus den Fängen von Kaczyńskis Propagandisten gerissen worden. Sie haben dagegen gewettert, gepöbelt, sie haben sich in den Fenstern gezeigt. Aber der Souverän stand nicht auf zu ihrer Verteidigung und damit war es beendet. Das polnische Volk kann endlich die Wahrheit hören und sich davon überzeugen, wie es in diesen acht Jahren rücksichtslos belogen wurde. Von jenen moralbefreiten Funktionären, die von den Behörden so üppig belohnt wurden. Schwarz ist plötzlich nicht mehr weiß. Es wurde deutlich, wer sich verkauft hatte, wer zum Schwein geworden war und wer in der Lage war, sich anständig zu benehmen. Die Worte bekamen wieder ihre richtige Bedeutung.

Die PiS-Wählerschaft von bisher 30 % wird in Teilen das wahrscheinlich alles nicht glauben. Und bis zu einem gewissen Grad werden sie sich an Kaczyńskis hasserfülltes Narrativ halten. Aber wenn man die Polen von der verblüffenden Propaganda abschneidet, werden einige sie sicherlich durchschauen. Einige werden bockig sein (denn wer gibt schon gerne falsche Entscheidungen zu), aber dennoch an den bisherigen Erzählungen des Parteivorsitzenden und seiner Gefolgsleute und vor allem an der Unfehlbarkeit Kaczyńskis zweifeln. Und sie werden ihre Hände nicht mehr für die PiS heben. Die Wähler werden abdriften. Je schneller die Anklagebänke sich füllen, desto besser.

Und dieser Prozess schreitet voran. Und so wie vor Kurzem die Führer der PiS plötzlich ihre Bekanntschaft mit dem ehemaligen stellvertretenden Minister Wawrzyk „vergessen“ haben, wird es vielleicht nicht mehr lange dauern, bis sie selbst von einigen ihrer Parteikollegen nicht mehr erkannt werden. „Ich weiß es nicht, ich habe es nicht gesehen, ich war beschäftigt“. Um ihre eigene Haut zu retten, werden sie sich von früheren Präsidenten, Premierministern, Ministern und deren Gefolge von der Parteinomenklatura versuchen abzugrenzen.

Der Fall der rechtskräftigen Verurteilung der Herren Kamiński und Wąsik genau in diesem Moment war nur ein Zufall. Ein Zufall, der der neuen Koalition die Aufgabe erleichterte und für die vorherige Regierung dramatisch unglücklich war. Das Narrativ der politischen Gefangenen ist bodenlos dumm und nicht überzeugend. Ja, ein Teil der ehemaligen PiS-Wählerschaft wird es abkaufen, aber es ist eine Geschichte für vielleicht ein Dutzend Prozent. Die große Mehrheit will, dass in einem demokratischen Staat alle vor dem Gesetz gleich sind.

Derweil hat die PiS mit Präsident Duda an der Spitze für sich ein spektakuläres Desaster angerichtet. Kuriose Auftritte des Präsidenten, Rügen des Präsidenten, Theater mit Erscheinungen durch vergitterte Fenster, mit einem Hungerstreik, mit einer angeblichen Bedrohung des Lebens. Zwei robuste Herren in Champagnerlaune wurden freigelassen. Kriminelle. Und sie haben bereits Vergeltung angekündigt, d. h.: der Sejm wird zum Zirkus.

Zweifelloos ist die Unterbrechung der Strafe nach zwei Wochen eine große Erleichterung für die Ehefrauen und Kinder der Verurteilten - und das ohne einen Hauch von Ironie. Für sie selbst - ein Triumph, sie haben ihre Freiheit wiedererlangt (wenn auch nur vorübergehend - es wird weitere Anklagen und wahrscheinlich noch längere Haftstrafen geben). Aber für die PiS? Für die PiS ist es der politische Bankrott. Denn aus dem Raunen auf den polnischen Straßen kommt die Geschichte von „zwei solchen...“ - Verbrecher, Kumpane des Präsidenten, der ihnen mit der Feder des Präsidenten Straffreiheit gewährt hat. Die Polen knirschen vor Empörung mit den Zähnen.

Eine Umfrage von SW Research im Auftrag von rp.pl ergab, dass 57 % der Polen der Meinung sind, dass die ehemaligen Chefs der Geheimdienste nicht begnadigt werden sollten, und nur 17,8 % der Befragten befürworten einen Gnadenakt für sie. Und diese Umfrage sagt mehr aus als viele Umfragen zur Unterstützung politischer Parteien. Dies ist die wirkliche Obergrenze der harten Wählerschaft des Kaczyński-Lagers heute. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann diese Unterstützung für die PiS auch in traditionellen Umfragen zum Ausdruck kommt.

Konservative, und nicht von der Propaganda geblendete Polen, werden Schritt für Schritt ihre Sympathien auf die Koalition Dritter Weg übertragen. Der Dritte Weg wird wahrscheinlich das Äquivalent zu den traditionellen, rationalen, christdemokratischen Gruppierungen werden, die man aus den Ländern der reifen europäischen Demokratien kennt. Und die bankrotte Masse der PiS wird auf das Niveau einer lärmenden Randgruppe in der Größenordnung von VOX in Spanien herabsinken.

Acht Jahre lang stampfte die PiS-Dampfwalze rücksichtslos durch das Land. Sie zerschlug alles, was ihr begegnete - von der Justiz, den Medien und der Wirtschaft bis hin zu Polens Ruf und unseren internationalen Bündnissen. Sie hat nicht einmal die Pferde geschont. Das ist ganz allgemein gemeint. Aber jeder Einzelne (jeder!), der auch nur ein kleines bisschen abweichend war, bekam die zerstörerische Kraft der PiS-Maschine auf die eine oder andere Weise zu spüren.

Und ans Steuer hatte sich ein Mann gesetzt, der nicht einmal einen Führerschein für ein Mofa besitzt und dessen Staatsführung einer transatlantischen Kreuzfahrt glich. Ein Mann, der seit gut 20 Jahren die Welt von einer Position hinter den wuchtigen Rücken seiner Leibwächter und den Kordons der politischen Knappen aus beobachtet, die ihn von der realen Welt trennen. Das moderne Polen versteht er nicht, seine Analysen stützt er auf falschen Grundlagen. Eine loyale Armee marschierte hinter ihm her. Am 15. Oktober hat der Souverän das „Genie“ an den Straßenrand gedrängt und seinen Funktionären das gefährliche Spielzeug weggenommen. Jarosław Kaczyński, es ist vorbei.

P.S.

Und nie wieder werden wir auf ein „Hört auf, uns mit der PiS zu erschrecken“ hereinfliegen.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,30626956,jaroslawie-kaczynski-to-juz-jest-koniec.html>



www.mleczko.pl

**SIE SIND SICH NICHT DARÜBER IM KLAREN,
DASS DIE ERBSÜNDE IN ZUKUNFT ENORME
RECHTLICHE PROBLEME VERURSACHEN WIRD**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Kaczyński spricht über den Sturz der Demokratie. Nicht mehr mit weißen Handschuhen, sondern mit Gewalt



Quelle: wyborcza.pl

Von **Bartosz T. Wieliński**

Der Vorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński, ruft offen zu einem Staatsstreich auf. Er will, dass der Präsident als Erster gegen die Regierung vorgeht.

Jarosław Kaczyński ist völlig zurechnungsfähig. Er weiß, was er tut, er setzt seinen Plan um. Deshalb müssen seine Appelle an den Präsident Andrzej Duda, die von der demokratischen Koalitionsregierung durchgeführte Säuberung des politischen Systems zu stoppen, ernst genommen werden. Ja, der Vorsitzende der PiS ruft offen zum Staatsstreich auf und will, dass der Präsident als Erster gegen die Regierung vorgeht. „Er kann die radikalsten Maßnahmen ergreifen“, erklärte er.

Jarosław Kaczyński appelliert an den Präsidenten

Welche Schritte? Kaczyński spielt mit Andeutungen. Wir können also nur vermuten, dass er möchte, dass Duda als oberster Chef der Streitkräfte der Armee befiehlt, das Gebäude der Staatsanwaltschaft, den Sitz von TV-Sender TVP und Polnischen Rundfunk zu belagern, die von der Regierung Donald Tusk eingesetzten Leute zu verjagen und das loyale PiS-Team einzulassen. Vielleicht sollten die Soldaten die ehemaligen Abgeordneten Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik in den Sitzungssaal des Sejms eskortieren? Oder sollte Duda einfach den Ausnahmezustand über Polen verhängen, ohne dass der Premierminister darum gebeten hat?

Die Umsetzung eines solchen Szenarios würde nicht nur einen noch nie da gewesenen Verfassungsbruch bedeuten, sondern auch Blutvergießen. In der Tat ist es schwer vorstellbar, dass diese „radikalen Schritte“ ohne große soziale Proteste, die unterdrückt werden müssten, umgesetzt werden könnten. Offensichtlich ist Kaczyński, um wieder an die Macht zu kommen, bereit, auch diesen Preis zu zahlen.

Andrzej Duda wird nicht auf den Appell des Vorsitzenden der PiS hören, „radikale Schritte“ zu unternehmen, denn das würde bedeuten, der Zivilgesellschaft den Krieg zu erklären. Dies ist etwas völlig anderes als die Begnadigung zweier rechtskräftig verurteilter Verbrecher.

Ich glaube auch nicht, dass es in unserem Land einen Soldaten oder Offizier geben würde, der Gewalt gegen eine demokratisch gewählte Regierung anwenden würde.

Der Plan des Vorsitzenden der PiS

Aber wir können Kaczyńskis Aufrufe nicht als das Geschwätz eines Mannes betrachten, der den Bezug zur Realität verloren hat. In der PiS war schon während des Wahlkampfes eine zunehmende Radikalisierung zu beobachten. Kaczyński kündigte auf Kundgebungen an, dass die Partei nach den Wahlen gegen widerspenstige Richter vorgehen und für Ordnung in den Medien sorgen werde, die – so Kaczyński – antipolnisch seien. Nach der Wahlniederlage hat sich dieser Prozess beschleunigt. Kaczyński weigerte sich zunächst, die Niederlage seiner Partei anzuerkennen, und bestritt die Legitimität der neuen demokratischen Mehrheit. Und als die neue Regierung begann, das PiS-System zu demontieren, zunächst in den öffentlichen Medien und bei der Staatsanwaltschaft, kündigte Kaczyński an, dass er – wenn er wieder an die Macht käme – die alte Ordnung in Polen auf diktatorische Weise wiederherstellen würde. Jetzt spricht der Vorsitzende einer Partei, die von fast einem Drittel der Bevölkerung unterstützt wird, offen davon, die polnische Demokratie zu stürzen. Nicht mehr mit weißen Handschuhen, sondern mit Gewalt.

Acht Jahre PiS haben uns gelehrt, dass man Autokraten in einem Punkt vertrauen kann: Sie werden tun, was sie sagen, dass sie tun werden. Deshalb dürfen die Tiraden Kaczyńskis nicht auf taube Ohren stoßen. Schließlich ist dies erst der Anfang.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,30632076,kaczyński-mowi-o-obalaniu-demokracji-juz-nie-w-bialych-rekawiczkach.html#S.MT-K.C-B.2-L.2.maly>

Andrzej Duda Weg ins Verderben



© Marek Borawski/KPRP

Quelle: wyborcza.pl

Von **Jacek Żakowski**

Was der Präsident in der Zeit der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Polen tut, verringert seine Chancen auf Straffreiheit radikal.

Andrzej Duda sieht wahrscheinlich nicht, dass das ostentative, öffentliche Schmusen des Staatsoberhauptes mit dem verurteilten Kriminellen, Mariusz Kamiński, abscheulich ist und Verachtung hervorruft. Aber als Politiker mit beträchtlicher Erfahrung sollte er verstehen, dass er mit der offenen Unterstützung von Kriminellen den Weg in die Selbstzerstörung beschreitet. Nicht nur in moralischer oder politischer Hinsicht, sondern auch in rechtlicher Hinsicht. Und als Jurist sollte er sich darüber im Klaren sein, dass das, was er in der Zeit der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Polen tut, seine Chancen auf Straffreiheit radikal verringert – nicht nur vor dem Staatstribunal, sondern auch vor den ordentlichen Gerichten.

Freie Medien, Überwachungsorganisationen, juristische Kreise und zahlreiche Politiker bewerten, stigmatisieren und dokumentieren seit fast einem Jahrzehnt Präsident Dudas verfassungsrechtliche Vergehen und gewöhnliche Verbrechen. Die Archive wimmeln nur so von Dokumenten. Von der illegalen Ernennung von Mitgliedern des Verfassungsgerichts über das Säen von Hass in öffentlichen Reden bis hin zur Sabotage des Justizwesens. Einiges davon wäre verjährt, wenn die Verfassung nicht die Verjährung von Straftaten ausschließen würde, die aus politischen Gründen nicht verfolgt werden. Was aufgeschoben ist, ist nicht aufgehoben.

Manche vermuten, dass Duda, indem er den ersten Versuch der Begnadigung von Wąsik und Kamiński hartnäckig verteidigt, d. h. die Möglichkeit der Begnadigung von noch nicht abgeurteilten Verbrechen, in

Wirklichkeit für das Recht auf eine allgemeine Selbstbegnadigung kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt kämpft. Auch Donald Trump hat so etwas vor, und Duda ist ja ein treuer Fan von ihm und versucht, sein Schüler zu werden. Das ist nicht auszuschließen, denn im Präsidentenpalast haben schon viele ähnliche Dummheiten gegärt. Das Schicksal der frisch aus der Haft entlassenen Minister sollte dem Präsidenten jedoch zu der Einsicht verhelfen, dass es wenig Sinn hat, sich mit der Selbstbefreiung zu arrangieren, da sie weder von den Gerichten, noch von der Staatsanwaltschaft, noch von der Polizei, noch von der Gefängnisverwaltung anerkannt wird.

Dudas Verantwortung für alles, was er Polen, seinen Bürgern und allen Menschen, denen die PiS-Regierung Unrecht getan hat, angetan hat, ist daher unausweichlich. Nur das Ausmaß dieser Verantwortung, d. h. die endgültige Bestrafung, ist ungewiss. Je früher Andrzej Duda dies erkennt, desto besser für Polen und – vor allem – für ihn selbst. Denn der amtierende Präsident kann trotz all seiner – tatsächlichen und usurpierten – Vorrechte die Demokratisierung und die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Polen zwar verzögern, aber nicht verhindern. Nicht, weil die derzeitige Mehrheit entschlossen ist, die Normalität wiederherzustellen, sondern weil dies die Erwartung der großen Mehrheit der Wähler ist. Ein guter Gradmesser für diesen Willen ist die Umfrage von SW Research, die zeigt, dass weniger als ein Fünftel der Befragten eine Begnadigung verurteilter Minister durch den Präsidenten wünscht.

Der Präsident steht also vor einer einfachen, wenn auch schwierigen Wahl. Er kann seinen bösen Willen fortsetzen, auf den seit Jahren praktizierten Rechtsbrüchen beharren und Verfassungsbrüche und gewöhnliche Straftaten vervielfachen, d. h. den Weg ins Verderben fortsetzen, wobei er damit rechnet, dass die Gerichte und Tribunale dies bei künftigen Prozessen als einen Umstand betrachten werden, der ihn weiter belastet. Er könnte aber auch zur Vernunft kommen und sich für die von der neuen Mehrheit vorangetriebenen Änderungen aussprechen, die unvermeidlich sind, weil sie durch das Gesetz und den Willen der Öffentlichkeit gestützt werden. Dies könnte für seine künftigen Richter ein überzeugendes Argument für eine mildere Beurteilung der Verantwortung und eine weniger harte Strafe sein. Das wäre besser für Andrzej Duda, für Polen und für uns alle, denn ein ehemaliger Präsident im Gefängnis dient keiner Demokratie. Ich drücke Ihnen dafür die Daumen, Herr Präsident.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7.75968.30630808.andrzej-dudy-droga-do-zatracenia.html>

Aufruf des Frauenstreiks: Abtreibungsgesetze in den Ausschuss, nicht in die Tonne!



Quelle: wyborcza.pl

Die erste Lesung der Entwürfe zum Recht auf Abtreibung - zwei Entwürfe der Linken und ein Entwurf der Bürgerkoalition - steht bevor. Wir appellieren daher an die bei den letzten Wahlen gewählten Abgeordneten, diese Entwürfe in die Ausschüsse zu überweisen. Nicht mehr und doch so viel. Wir haben einen gesellschaftlichen Wandel - von 37 % Unterstützung für legale Abtreibung im Jahr 2016 auf 70 % heute.

Wir haben einen politischen Wandel - einen Wandel der Position der Bürgerkoalition von der Befürwortung eines Abtreibungsverbots zur Befürwortung der Legalisierung, gefolgt von einer Wahl, die die derzeitige demokratische Mehrheit dank der Massenmobilisierung von Frauen und jungen Wählern, Teilnehmern und Teilnehmerinnen der Pro-Abtreibungsproteste von 2016-21 gewonnen hat. Wir warten auf einen legislativen Wandel - er wird beginnen, wenn die Abtreibungsgesetze nach der ersten Lesung in den Ausschuss gehen. Sie wird nicht beginnen, wenn der Sejm sie direkt in den Papierkorb wirft! Abtreibungsgesetze in die Ausschüsse, nicht in die Tonne! Unterschreiben Sie unseren Appell!

Aufruf des Gesamtpolnischen Frauenstreiks zu Abtreibungsgesetzesvorhaben

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die erste Lesung der Gesetzesvorhaben zum Abtreibungsrecht - zwei Projekte der Linken und ein Projekt der Bürgerkoalition - steht bevor. Wir appellieren daher an Sie - die bei den letzten Wahlen gewählten Abgeordneten: **ÜBERWEISEN SIE DIE ABTREIBUNGSPROJEKTE ZUR ARBEIT IN DIE AUSSCHÜSSE!** Wir möchten Sie daran erinnern, dass 70 % der polnischen Gesellschaft die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs befürworten. In Ihren

Wahlkreisen ist die Unterstützung für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs wie folgt: Linke - 97 %, Bürgerkoalition - 94 %, Polen 2050 - 84 %, Polnische Bauernpartei - 78 %, Konföderation - 52 %, Recht und Gerechtigkeit - 37 %. In einem demokratischen Staat und einem demokratischen Sejm ist und sollte es selbstverständlich sein, Projekte zur Umsetzung von Forderungen, die eine solche breite gesellschaftliche Unterstützung haben, zur weiteren Arbeit in Ausschüsse zu verweisen.

Wir sind daher besorgt darüber, dass einige von Ihnen erwägen, diese wichtigen Entwürfe in den Papierkorb zu werfen, d. h. sie bereits in erster Lesung abzulehnen. Wenn dies geschieht, widerspricht dies der Position Ihrer Wählerschaft, die mit großer Mehrheit fordert, dass Sie zumindest an der entsprechenden, notwendigen Gesetzesänderung arbeiten.

Gesetzesentwürfe in den Ausschuss, nicht in den Papierkorb! Wir wissen, dass der gesetzgeberische Weg zur Verwirklichung der gesellschaftlichen Forderung nach einem legalen, sicheren und kostenlosen Schwangerschaftsabbruch erst am Anfang steht. Wir sind uns bewusst, dass noch viel passieren muss, damit das Stimmenverhältnis im Sejm-Saal das gesellschaftliche JA zur Abtreibung widerspiegelt. Als Bürgerinnen und Bürger, für die diese Forderung eine der Hauptmotivationen war, bei den letzten Wahlen ihre Stimme abzugeben, wollen und haben wir das Recht, an diesem Weg teilzuhaben, indem wir eine verlässliche, unvoreingenommene und ehrliche parlamentarische Arbeit an diesen wichtigen Projekten fordern.

P.S.

Ja, wir wissen, dass der Entwurf des Abtreibungsverbots von 1993 in Polen (der im Laufe der Jahre fälschlicherweise als „Kompromiss“ bezeichnet wurde) ebenfalls zur Debatte stehen könnte. Im Namen der Hunderttausenden von Menschen aus den Protesten von 2020, die der derzeitigen demokratischen Mehrheit einen Wahlsieg beschert haben, sagen wir und erinnern Sie daran - wir wollen weder ein Abtreibungsverbot noch eine Rückkehr zum so genannten Kompromiss. Wir sagen auch - wenn Sie die Projekte zur Legalisierung und Entkriminalisierung der Abtreibung in den Papierkorb werfen, ohne sich auf den Dialog einzulassen, von dem wir so viel hören, und stattdessen nur Ihr Projekt des Abtreibungsverbots vorantreiben, obwohl 70 % der Öffentlichkeit wollen, dass der Sejm an der Legalisierung arbeitet - dann nennen Sie sich nicht Demokraten, oder Ihre Aktion „sozialer Dialog“. Projekte in den Ausschuss!

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,162657,30626899,apel-osk-w-sprawie-projektow-aborcyjnych-projekty-do-komisji.html>

Staatsanwalt Ziarkiewicz blockierte jahrelang Fälle von PiS-Politikern. Unsere Quelle: „Sie landeten in einer ‚Gefriertruhe‘ in der Garage der Staatsanwaltschaft“



Quelle: wyborcza.pl

Von **Jacek Brzuszkiewicz**

Über Jerzy Ziarkiewicz, dem Leiter der regionalen Staatsanwaltschaft in Lublin, ziehen schwarze Wolken auf. Aus Angst vor einer erwarteten Inspektion aus Warschau schickt der in Verruf geratene Ermittler in aller Eile Akten, die er seit Jahren blockiert hat, an untergeordnete Staatsanwaltschaften.

Nach dem Abgang von Zbigniew Ziobro und der Regierung der PiS und vor allem nach der Ernennung eines neuen Justizministers herrschte in der regionalen Staatsanwaltschaft in Lublin Panik und eine nervöse Atmosphäre. Ihr Leiter Jerzy Ziarkiewicz ist Ziobros Vertrauter. Bei der regionalen Staatsanwaltschaft in Lublin wurden jahrelang für PiS-Politiker ungünstige Fälle eingereicht. Und lange Zeit geschah nichts mit ihnen.

„Akten von Ermittlungen, in die Politiker aus dem PiS-Bereich verwickelt sind, werden heute eilig aus der ‚Gefriertruhe‘ geholt und an untergeordnete Staatsanwälte geschickt, mit der Anweisung, sofort ein Verfahren einzuleiten. All dies geschieht rechtzeitig vor der erwarteten Inspektion durch die neuen Vorgesetzten, die mit dem Besuch von Ziarkiewicz in Lublin mit dem Aufräumen in den Staatsanwaltschaften beginnen werden“, sagt ein Ermittler.

Nur die Staatsanwaltschaft in Zamość hat in den letzten Tagen mehrere solcher Ermittlungen erhalten. Zuvor wurden sie unter dem Deckmantel der Aufsicht von Jerzy Ziarkiewicz an die regionale Staatsanwaltschaft in Lublin weitergeleitet. Und jahrelang geschah nichts mit ihnen.

In die Garage des Staatsanwalts passte der Dienst-Mazda nicht.

Die Angelegenheit kam Anfang letzter Woche ans Licht. Einer der Fahrer der Staatsanwaltschaft soll sich öffentlich auf dem Flur darüber beschwert haben, dass er den Dienst-Mazda seit langer Zeit unter einer Wolke parken muss. Und jeden Morgen muss das Auto vom Schnee befreit und das Eis gekratzt werden. „Und das alles nur, weil in der Garage statt des Autos Fallakten stehen, die dort ohnehin kaum hineinpassen“, protestierte der Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft.

Der Fall der Unterlagen der Staatsanwaltschaft in der Garage sorgte schnell für Schlagzeilen in der gesamten Staatsanwaltschaft von Lublin, nicht zuletzt deshalb, weil die Aufbewahrung von Akten außerhalb des Gebäudes der Staatsanwaltschaft, in Nebengebäuden, verboten ist.

Nach Angaben unserer Informanten befanden sich in der Garage unter anderem Akten, die seit Jahren von den nachgeordneten Dienststellen zur Regionalstaatsanwaltschaft in Lublin abgezogen wurden. Vor allem unter dem Deckmantel der Aufsicht, die dem regionalen Staatsanwalt obliegt.

„Es waren einfach so viele, dass sie nicht in das Büro von Ziarkiewicz passten. Ich war selbst dort und habe Dutzende von Akten gesehen, die durcheinander auf dem Boden lagen. Es war schwierig, sich durch sie hindurchzuzwängen.“, erklärt unser Informant.

Die Assistenten von Ziarkiewicz sollen direkt an der Verbringung des Materials in die und aus der Garage beteiligt gewesen sein. Darunter auch Rafał Wiśniewski, ein ehemaliger Polizeibeamter des Zentralen Ermittlungsbüros der Polizei (CBŚ). Während des Raubüberfalls auf den Żabka-Laden in Lublin im Jahr 2017, an dem zwei Teenager-Mädchen beteiligt waren, versteckte er sich hinter den Biertransporter, anstatt einzugreifen. Als der Fall vor Gericht ans Licht kam, verließ er die CBŚ in Ungnade. Wiśniewski wurde einer von Ziarkiewiczs Assistenten, ohne Wettbewerb.

Die Reisekosten des Europaabgeordneten Czarnecki und der Bruder des Polizeichefs auf dem Mehrwertsteuer-Karussell

Ziarkiewicz ist ein Vertrauter des ehemaligen Justizministers und Generalstaatsanwalts Zbigniew Ziobr. Während seiner Amtszeit wurde er Leiter der Bezirksstaatsanwaltschaft in Zamość, und seit 2018 ist er Leiter der Regionalen Staatsanwaltschaft in Lublin, der alle Einheiten nicht nur in der Region Lublin, sondern auch in den Bezirken Radom und Siedlce unterstehen.

Seit Ziarkiewicz der wichtigste Staatsanwalt in der Region Lublin ist, werden in Lublin Ermittlungen gegen Politiker der PiS eingeleitet.

Zwei prominente Beispiele. Dazu gehört das Verfahren gegen den Europaabgeordneten der PiS Ryszard Czarnecki wegen so genannter Kilometergelder, d. h. für das Pendeln zu den Sitzungen des Europaparlaments. Die Medien berichteten, dass Czarnecki angeblich die Kosten zu hoch angesetzt hatte, indem er z. B. nachwies, dass er im Winter mit einem Cabrio von Jasło in den Karpaten zu den Sitzungen des Europäischen Parlaments fuhr, während der Eigentümer des Wagens behauptete, dass das Auto viele Jahre zuvor verschrottet worden war.

Nach Angaben des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) hat Czarnecki die Reisekosten unter Verstoß gegen die internen Vorschriften des Europäischen Parlaments abgerechnet. OLAF nannte in seinem Bericht einen Betrag von mindestens 100 000 EUR. Trotzdem ermittelt die regionale Staatsanwaltschaft von Zamość, die Ziarkiewicz unterstellt ist, seit mehr als dreieinhalb Jahren in dem Fall, ohne dass etwas dabei herausgekommen ist.

Im Gegenzug enthüllte die „Wyborcza“ vor einem Jahr, dass Ziarkiewicz den Bruder des ehemaligen Polizeichefs Jarosław Szymczyk aus der Untersuchungshaft rausgeholt hatte. Den Ermittlern zufolge ist Łukasz S. Mitglied einer organisierten kriminellen Gruppe, die die Staatskasse mit dem so genannten Mehrwertsteuer-Karussell betrügt. Es geht dabei um mindestens 40 Millionen PLN.

Als Łukasz S. im November 2022 zusammen mit zwei Kumpanen festgenommen wurde und das Gericht der ersten Instanz sie nicht verhaften ließ, legte der Staatsanwalt, der in diesem Fall ermittelte, Berufung ein. Daraufhin schaltete sich Ziarkiewicz ein und wies den Ermittler an, den Festnahmeantrag zurückzuziehen, allerdings nur gegen den Bruder des Kommandanten. Daraufhin wurde Łukasz S. freigelassen, während seine Kameraden, die weniger schwer belastet waren, monatelang in Untersuchungshaft saßen.

Insgesamt wurden 10 Personen in dem Mehrwertsteuer-Fall angeklagt, aber nur Lukasz S. wurde noch nicht festgenommen. Ziarkiewicz hat uns bis heute nicht geantwortet, als wir ihn fragten, ob er vom Polizeichef in diesem Fall kontaktiert worden ist.

[...]

Zsfg.: JP

<https://lublin.wyborcza.pl/lublin/7,48724,30627080,prokurator-ziarkiewicz-latami-blokowal-sprawy-nieprzychylne.html>

Polen und Ungarn – vielleicht Brüderlein, aber ganz verschieden



Quelle: wyborcza.pl

Von **Prof. Radosław Markowski**, Soziologe, Politologe

Europa ist kein demokratischer Monolith. In seinem westlichen Teil dominiert eindeutig das Modell der liberalen Demokratie, während die Bürger Osteuropas andere Demokratiemodelle - sozialdemokratische, populistische und direktdemokratische Modelle - viel eher akzeptieren.

Diese These ergibt sich aus der Europäischen Sozialerhebung, die zweimal in ganz Europa durchgeführt wurde, 2012 und 2021/22. Den ersten Teil der Schlussfolgerungen aus diesen Erhebungen habe ich in einem früheren Artikel in der Wyborcza vom 8. Januar vorgestellt.

Erinnern wir uns: Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Teil Europas erwarten von der Demokratie viel mehr als die Menschen im Westen - neben der durch das liberale Modell garantierten verfahrensrechtlichen Korrektheit (Gleichheit vor dem Gesetz, unabhängige Medien, Kontrolle der Exekutive durch die Gerichte usw.) wollen sie auch eine gleichmäßige Verteilung des Reichtums und der Ressourcen, die Bekämpfung der Armut, eine direkte Einflussnahme auf politische Entscheidungen auf der Grundlage von Volksentscheiden und dass der Wille des Volkes stets Vorrang vor den Absichten der Eliten hat. Diese überzogenen Erwartungen an die Demokratie in unserem Teil Europas führen dazu, dass sie nicht erfüllt werden können und folglich die Legitimität der demokratischen Regime abnimmt.

Alle osteuropäischen Gesellschaften akzeptieren auch einen „politischen Führer, der über dem Gesetz steht“. Die Unterstützung dafür reicht von etwa 4/5 der Gesellschaften in der Slowakei, Litauen, Ungarn, der Tschechischen Republik und Bulgarien bis zu etwa 55 % in Slowenien, Estland und Kroatien. Auch hier

ist Polen das einzige Land in der Region, in dem eine Minderheit der Bevölkerung (44 %) dieses Modell unterstützt.

Wir haben auch untersucht, wie sich die Einstellung zur Demokratie als „wünschenswertes und lebenswertes System“ zwischen 2012 und 2022 verändert hat. Polnische Frauen und Männer haben ihre Unterstützung für diese Systemlösung in diesem Zeitraum deutlich erhöht (...) Im Jahr 2022 haben sich die polnischen Bürger in ihrer positiven Einstellung zur Demokratie den Skandinaviern angenähert. Wenden wir uns nun den Einzelheiten der Einstellungen zur Demokratie, ihren Alternativen und den Haltungen zu, die die Errichtung nicht-demokratischer Regime begünstigen können. Diese Haltungen sind Populismus, Illiberalismus und Autoritarismus. Wir haben auch den Grad der Zufriedenheit mit den amtierenden Regierungen und das Vertrauen in die politischen Institutionen analysiert.

Die Ungarn sind zufrieden mit der Regierung

Unsere Analysen bestätigen die Einschätzungen von Experten, die Ungarn als Ausnahmefall eines demokratischen Rückschritts einstufen.

Erstens sind in der Gesellschaft des Landes die Werte für alle drei Haltungen - Populismus, Illiberalismus und Autoritarismus - hoch und liegen über den Werten, die in anderen (außer der Slowakei) Ländern beobachtet werden.

Zweitens: Zusätzlich zu den hohen Werten für diese drei Haltungen gibt es gleichzeitig ein hohes Maß an Zufriedenheit der Ungarn mit ihrer Regierung und ein hohes Maß an erklärtem Vertrauen in die politischen Institutionen, was mit einer moderaten Überzeugung der Befragten einhergeht, dass sie Einfluss auf das politische System des Landes haben. Diese Kombination - bekannt aus der Vergangenheit des Realsozialismus - deutet auf eine apathische, aber dennoch akzeptierende Haltung gegenüber einem illiberalen, autoritär orientierten System hin.

Drittens ist der geringe Unterschied zwischen den Fidesz-Wählern und den Wählern der Oppositionsparteien in Ungarn bei mehreren untersuchten Indikatoren bemerkenswert, abgesehen vom Autoritarismus: Populismus, Illiberalismus; die Zufriedenheit mit der Fidesz-Herrschaft ist bei den Fidesz-Wählern nur geringfügig höher als bei den Nichtwählern. Dies deutet darauf hin, dass nicht nur die Fidesz-Anhänger, sondern auch die Mehrheit der Bürger die Vorgänge in Ungarn tolerieren oder akzeptieren.

Polen weit weg vom Autoritarismus

Nach Ungarn ist Polen das zweite Land, in dem die Behörden versucht haben, die freiheitlich-demokratische Ordnung zu demontieren. Betrachtet man jedoch die Einstellungen und Präferenzen der Polen, so ergibt sich ein völlig anderes Bild als in Ungarn. Und zwar so:

In Polen unterscheiden sich die Haltungen und Bewertungen der PiS-Wählerschaft und der Wählerschaft der liberal-demokratischen Oppositionsparteien in den meisten Dimensionen deutlich (mit Ausnahme des Vertrauens in die Institutionen - die niedrigste Bewertung unter allen Ländern). Dies deutet auf eine deutlich pluralistischere und geteilte politische Landschaft hin.

Die Durchschnittswerte für Populismus, Illiberalismus und Autoritarismus in der polnischen Gesellschaft sind niedrig; es gibt nur Spuren populistischer Haltungen, und für die Haltung des Autoritarismus gilt sogar das Gegenteil: Die Polen zeigen bei Weitem die stärkste antiautoritäre Tendenz aller untersuchten Gesellschaften; es gibt praktisch keine signifikanten illiberalen Haltungen.

Anders als in Ungarn zeigte die polnische Öffentlichkeit im Jahr 2022 das geringste Vertrauen in die politischen Institutionen und die geringste Zufriedenheit mit der damaligen PiS- Regierung.

(...)

Polen, Ungarn – völlig unterschiedliche Brüderlein

Eine vergleichende Analyse von Ungarn und Polen ist besonders lehrreich. Es sei daran erinnert, dass Orbán 1998 zunächst für vier Jahre an die Macht kam, um sie dann 2010 „dauerhaft“ wiederzuerlangen. Somit hat die ungarische Öffentlichkeit 18 der letzten 33 Jahre unter Orbáns Herrschaft verbracht. In Polen kam die PiS 2005 für zwei Jahre und dann 2015 an die Macht, sodass diese Partei (bis zum Zeitpunkt

unserer Untersuchung) insgesamt neun Jahre an der Macht war und Orbáns Politik nachahmte. Empirische Untersuchungen sollten daher auf eine stärkere Konsolidierung des illiberalen Regimes in Ungarn als in Polen hindeuten, was sich auch in der Einstellung der Bürger gegenüber dem Regime und der Intensität der Merkmale, die solche Regime begünstigen, manifestieren sollte. (...)

Ungarn

Auf einer 11-Punkte-Skala hat die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie bei allen ungarischen Wählern zugenommen, nicht nur bei den Fidesz-Anhängern, sondern auch bei den Anhängern der Oppositionsparteien und den Nichtwählern. Das letzte Jahrzehnt zeigt also einen allgemeinen Konsens und eine Zufriedenheit mit Orbáns illiberalem Regime, das - ob wir nun zustimmen oder nicht - von der Öffentlichkeit als demokratisch wahrgenommen wird.

Obwohl die Zufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand der Demokratie in Ungarn gestiegen ist, ist gleichzeitig die normative Bewertung der Demokratie als „lebenswertes“ System von 50 Prozent auf 44 Prozent gesunken. Dies deutet darauf hin, dass sich die Ungarn im Wesentlichen der - lapidar ausgedrückt - Unzulänglichkeiten des Demokratiemodells á la Orbán bewusst sind, weshalb sie die Demokratie als Systemlösung herunterspielen.

Eine deutliche Mehrheit von 4/5 der Ungarn (79 %) befürwortet „einen starken Führer, der über dem Gesetz stehen darf“. Dies deutet darauf hin, dass sich die ungarische Öffentlichkeit - in ihrer Masse - mit dem ihr vorgeschlagenen politischen System, das Elemente der Demokratie mit dem Autoritarismus verbindet, wohlfühlt oder zumindest zunehmend wohlfühlt, und zwar wahrscheinlich, weil sie mit dem Handeln der Regierung zufrieden ist und Vertrauen in die politischen Institutionen des Landes hat.

Wie auch immer man die Daten betrachtet, sie stützen Orbáns Behauptung, dass er die Präferenzen seiner Bürger gut vertritt. In der Tat ist er ein fähiger Politiker und sozialisiert seine Bürger effektiv für Ideen, die liberale Demokraten nicht mögen.

Im Gegensatz dazu zeigen die Daten für Polen ein anderes Bild als für Ungarn:

Erstens ist der Prozentsatz der Polen, die glauben, dass es sich lohnt, in einer Demokratie zu leben, in den letzten zehn Jahren von 42 % auf 67 % gestiegen. Dieser signifikante Anstieg deutet auf eine wachsende Wertschätzung und normative Unterstützung demokratischer Grundsätze hin. Nach der Theorie der relativen Deprivation war die Demokratie in Polen im Niedergang begriffen, so dass die Bürger begannen, sie mehr zu schätzen.

Zweitens ist jedoch gleichzeitig eine Zunahme der polarisierten Bewertungen des Funktionierens der Demokratie in Polen festzustellen. Die Wähler der regierenden PiS im Jahr 2022 zeigen eine höhere Zufriedenheit mit der Demokratie als noch vor zehn Jahren. Bei den Anhängern der Oppositionsparteien und den Nichtwählern hingegen hat die Zufriedenheit in diesem Zeitraum deutlich abgenommen. Diese Polarisierung ist wichtig; sie erklärt die Ergebnisse der Wahlen im Oktober 2023.

In Polen schließlich akzeptieren 43 % der Bevölkerung einen „Führer, der über dem Gesetz steht“, und obwohl dies keine geringe Zahl ist, ist dieses Phänomen um die Hälfte geringer als bei den Ungarn.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die vorgelegten Daten über die Haltungen der polnischen Bevölkerung die von mir seit Langem vertretene These bestätigen, dass wir es im Achtjahreszeitraum 2015-23 mit dem Phänomen der „selektiven Demobilisierung“ zu tun hatten. Eine politische über die Norm relative Mehrheit „übergab“ die Macht an die Feinde der liberalen Demokratie, und eine apathische und schlafende Mehrheit war nicht in der Lage, sich zu mobilisieren, um ihre dominanten politischen Präferenzen in der Gesellschaft in exekutive Macht umzuwandeln. Bis zu den Wahlen 2023.

Ein Vergleich zwischen Ungarn und Polen zeigt zwei unterschiedliche Verläufe und Schicksale demokratischer Systeme, die nach demokratischen Wahlen in die Hände von Politikern fielen, die Autokraten sein wollten. Das eine war erfolgreich, das andere... nicht ganz, obwohl der Schaden schwerwiegend ist. Ungarn und die Ungarn scheinen sich bereits in einem neuen politischen Gleichgewicht zu befinden, in dem ein offen illiberales und autoritäres Regime von den Bürgern als demokratisch

wahrgenommen und akzeptiert wird, was auch immer die Ungarn meinen, wenn sie eine solche Meinung äußern.

Polen hingegen zeigt eine Gesellschaft, die sich angesichts der Orban-ähnlichen Bestrebungen, die Infrastruktur der liberalen Demokratie zu demontieren, nicht hat überzeugen lassen. Im Gegenteil, im Laufe der Zeit ist sie dazu übergegangen, das politische Umfeld mehr und mehr als unvereinbar mit den demokratischen Werten zu betrachten und die Demokratie als System zu schätzen, ohne auf individueller Ebene die Zunahme illiberaler Haltungen zu zeigen, die notwendig sind, damit ein Orbánország wirksam und dauerhaft entstehen kann.

Autoritarismus durch den Willen des Volkes?

Also zurück zu einer meiner grundlegenden Fragen: Kann man von konsolidierten illiberalen Regimen sprechen? Eine vorsichtige Antwort lautet: Ja, das kann man, wie das Beispiel Ungarns zeigt. Ob diese Konsolidierung allerdings nachhaltig ist, bleibt abzuwarten.

Wir wissen aber auch, dass die Nachhaltigkeit solcher Regime vom internationalen Umfeld abhängt. Würde die Europäische Union ihre Grundwerte ernst nehmen, stünde der Erfolg von Orbáns Plan infrage.

Andererseits stellt der Fall Ungarn ein grundsätzlicheres Dilemma dar: Wenn die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung das systemische Modell und sein praktisches Funktionieren gut findet, und das in zunehmendem Maße, dann haben wir es mit einer klassischen repräsentativen Beziehung zu tun, und das ist das Wesen erfolgreicher Beziehungen zwischen Regierung und Gesellschaft. Daher kann man wohl davon ausgehen, dass alles in Ordnung ist. Die Ungarn haben einfach eine freie Entscheidung getroffen und liberale Werte, die ihnen fremd sind, abgelehnt. Wenn sie sich nicht an die Kopenhagener Werte halten können, müssen sie sich nach anderen internationalen Bündnissen umsehen. Und das tut Orbán im Osten - politisch in Russland, und in der Identitätsschicht ist er auf die Idee gekommen, im türkischen Kulturkreis in Zentralasien an den Ursprüngen seines Volkes zu arbeiten.

Die gegensätzlichen Fälle von Polen und Ungarn unterstreichen den vielfältigen und komplexen Charakter des demokratischen Niedergangs in Mittel- und Osteuropa. Nicht überall gelingt die Abkehr von liberaler Demokratie und aufklärerischen Werten. Zum Glück.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7.75968.30628125.polacy-i-wegrzy-moze-i-bratankowie-ale-calkiem-rozni.html>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [tvn24.pl](https://www.tvn24.pl)

„Gestern erklärte Macierewicz im TV-Republika, dass der Zentralflughafen-CPK „die größte Drehscheibe Eurasiens“ werden soll. Es spielt keine Rolle, ob er ein Spinner oder ein Zyniker ist. Entscheidend ist, dass Leute wie er einen großen Teil unserer politischen Gemeinschaft zu Spinnern oder Zynikern gemacht haben. Das schwächt unseren Staat ganz real.“

Prof Marek Migalski - Neuropolitologe an der Schlesischen Universität in Katowice. Mitglied des Europäischen Parlaments von 2009 bis 2014

Quelle:

https://m.facebook.com/story.php?story_fbid=pfbid0DB7nEY7YjARZbf1cswFHLzXWd7ixZPoGDXPsen3LxcRgLFjnVjoRNqfxLZgnyAeJI&id=100001061444745

euroactiv.de

Polnische Landwirte demonstrieren gegen Green Deal und ukrainische Importe

<https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/polnische-landwirte-demonstrieren-gegen-green-deal-und-ukrainische-importe/>

tagesschau.de

Tusk will Abtreibungsrecht liberalisieren

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-abtreibungsrecht-106.html>

sueddeutsche.de

"Versuchen Sie, sich an die Prinzipien des Rechtsstaats zu halten"

<https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-buschmann-warschau-besuch-1.6337769>

zeit.de

"Wir befinden uns seit 2016 in einer Verfassungskrise"

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-01/adam-bodnar-polen-verfassungskrise-verfassungsgericht/komplettansicht>

youtube.de

Eskalation in Polen? Erbitterter Kampf um öffentlich-rechtliche Medien

<https://www.youtube.com/watch?v=IVNLjoxQ9zo>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik